

**16. Beilage im Jahr 2026 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXII. Vorarlberger Landtages**

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 16/2026

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 28.01.2026

Betreff: Wenn Hilfe zur Dauerlösung wird - Strukturreformen für Vorarlbergs Gemeinden jetzt angehen

Sehr geehrter Herr Präsident,

die finanzielle Lage der Vorarlberger Städte und Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschärft. Die Gesamtverschuldung der Gemeinden stieg bereits zwischen 2019 und 2023 von 473 Mio. Euro auf 645 Mio. Euro an – ein Plus von 36 Prozent.¹ Im Jahr 2026 droht manchen Kommunen offenbar der endgültige finanzielle Kollaps.² Der öffentliche Hilferuf der Gemeinde Zwischenwasser ist kein Einzelfall, sondern ein Warnsignal für das gesamte Gemeindesystem. Der Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbands bestätigt: Alle Gemeinden stehen unter massivem finanziellem Druck.³

Noch vor einem Jahr wurde im Landtag betont, dass es den Gemeinden gut gehe und der „Vorarlberger Weg“ funktioniere.⁴ Landesumlage und Strukturfonds wurden als Beweis für Solidarität und verlässliche Finanzströme ins Treffen geführt. Diese Erzählung hält der Realität eindeutig nicht mehr stand. Vorarlberg liegt bei der kommunalen Verschuldung österreichweit bereits an zweiter Stelle – nur Wien weist höhere Gemeindeschulden auf.⁵ Zudem zeigt sich, dass die Schulden nicht nur kleine Gemeinden betreffen, sondern gerade auch große Städte wie Feldkirch, Dornbirn, Bregenz oder auch die große Marktgemeinde Lustenau zu den am höchsten verschuldeten Kommunen zählen.⁵ Genau jene Kommunen, welche über die Landesumlage die kleineren und finanzschwächeren Gemeinden unterstützen sollten.

Das Problem ist struktureller Natur. Viele Gemeinden haben über die Jahre hinweg selbst keine grundlegenden strukturellen Änderungen vorgenommen und immer neue Fördertöpfe aufgesetzt. Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass den Gemeinden über Jahre hinweg immer mehr Aufgaben übertragen wurden, ohne dass die Finanzierung entsprechend mitgewachsen oder bestehende Strukturen überarbeitet worden wären. Die Folge ist ein System, das sich selbst überfordert. Laut Gemeindeverband kann mittlerweile jede dritte Gemeinde

¹ [https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/0552E579E5CAE63CC1258C29004590AC/\\$FILE/29.01.031%20Wie%20steuert%20das%20Land%20die%20Gemeinden%20aus%20der%20Finanzkrise.pdf](https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/0552E579E5CAE63CC1258C29004590AC/$FILE/29.01.031%20Wie%20steuert%20das%20Land%20die%20Gemeinden%20aus%20der%20Finanzkrise.pdf)

² <https://www.vol.at/gemeinde-vor-finanziellem-kollaps-hilferuf-an-das-land/9925211>

³ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3324251/#:~:text=Auff%C3%A4llig%20ist%20jedenfalls%20dass%20die,ist%20als%20in%20anderen%20L%C3%A4ndern.>

⁴ https://apps.vorarlberg.at/landtag_videoarchiv/index.html?d=05_03_2025

⁵ [https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/0552E579E5CAE63CC1258C29004590AC/\\$FILE/29.01.031%20Wie%20steuert%20das%20Land%20die%20Gemeinden%20aus%20der%20Finanzkrise.pdf](https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/0552E579E5CAE63CC1258C29004590AC/$FILE/29.01.031%20Wie%20steuert%20das%20Land%20die%20Gemeinden%20aus%20der%20Finanzkrise.pdf)

ihren laufenden Betrieb nur noch durch neue Kredite aufrechterhalten.⁶ Ein Großteil der Einnahmen von Städten und Gemeinden fließt automatisch in fixe Ausgaben wie Spitalsbeiträge, Sozialausgaben, Beiträge zum Rettungswesen und weiteren Umlagen – Bereiche, die sich der Steuerung durch die Gemeinden weitgehend entziehen und automatisch vom Land eingefordert werden.

Zwar verweist das Land auf hohe Unterstützungsleistungen und plant für 2025 rund 284 Mio. Euro an Gemeindeförderungen ein⁷, doch diese Mittel wirken zunehmend wie ein Notpflaster. Sie stabilisieren kurzfristig, lösen aber kein einziges strukturelles Problem. Die neue Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hatte hier erste Schritte vorgegeben, indem sie auf Verwaltungsvereinfachung wie optimierte Abläufe, effektivere Zusammenarbeit und Digitalisierung setzt.⁸ Das bietet den Gemeinden aber keine verbindlichen, dauerhaften Entlastungen dort, wo die finanziellen Belastungen tatsächlich entstehen. Diese Einsparungspotentiale müssen vom Land Vorarlberg eingeleitet werden, aber von der Landesregierung kommen derzeit keine Signale in Richtung Einsparungen und struktureller Hilfe. Alleine der Rechnungsabschluss des Rettungsfonds aus dem Jahr 2024 offenbart eine absolute Hiobsbotschaft, haben sich dort die Kosten im Jahr 2019 von 8.2 Mio. auf 17.7 Mio. Euro im Jahr 2024 mehr als verdoppelt - der Voranschlag 2025 sah einen weiteren Anstieg auf 22.6 Mio. Euro vor.⁹ Ein Ende ist nicht in Sicht. Auch seitens der Landesregierung ist bislang keine ausreichende Berücksichtigung auszumachen, dass diese Kostensteigerung langfristig nicht finanzierbar ist.

Um zu vermeiden, dass weitere Gemeinden Unterstützungsbedarf anmelden oder ihre Haushalte nicht mehr genehmigungsfähig sind, besteht Handlungsbedarf. Erforderlich ist eine koordinierte Weiterentwicklung der Aufgaben- und Finanzierungsstrukturen zwischen Land, Gemeinden und Bund. Ziel sollten klar abgegrenzte Zuständigkeiten, eine sachgerechte Kostenverteilung, effizientere Verwaltungsabläufe sowie eine verstärkte Digitalisierung der Verwaltung sein. Langfristig kann die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinden nur durch strukturelle Reformen gesichert werden, um zusätzliche Belastungen für die Bevölkerung zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. einen verbindlichen Notfallplan vorzulegen, der konkrete Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit aller Vorarlberger Gemeinden enthält;***

⁶ <https://www.vol.at/gemeindefinanzen-in-schiefelage-gohm-fordert-tiefgreifende-reformen/9926837>

⁷ https://apps.vorarlberg.at/landtag_videoarchiv/index.html?d=05_03_2025#

⁸ <https://kommunal.at/so-laeuft-die-verwaltungs-und-verfassungsbereinigung>

⁹ [https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/DE1EB4087856A2AFC1258D5500521A62/\\$FILE/1662025%20Bericht%20der%20Landesregierung%20Antrag%20auf%20Kenntnisnahme%20des%20Rechnungsabschlusses%20und%20T%C3%A4tigkeitsberichts%202024%20des%20Rettungsfonds.pdf](https://agi-imc.de/VLR/vlr_gov.nsf/0/DE1EB4087856A2AFC1258D5500521A62/$FILE/1662025%20Bericht%20der%20Landesregierung%20Antrag%20auf%20Kenntnisnahme%20des%20Rechnungsabschlusses%20und%20T%C3%A4tigkeitsberichts%202024%20des%20Rettungsfonds.pdf)

2. ***darzulegen, wie Haushaltsdefizite, steigende Verschuldung und strukturelle Belastungen nachhaltig reduziert werden;***
3. ***mit externer Begleitung einen konsequenten Kassasturz der vier großen Fonds (Spitalsfonds, Sozialfonds, Rettungsfonds und der Landesumlage) vorzunehmen, bei dem alles durchleuchtet wird, um allfällige Einsparungspotenziale und Doppelgleisigkeiten zu identifizieren und zu heben;***
4. ***Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Kostendämpfung für die Gemeindeverwaltung zu entwickeln und deren Umsetzung zu unterstützen, sowie systematisch zu prüfen, in welchen Aufgaben- und Leistungsbereichen durch gemeindeübergreifende oder landesweit angebotene Lösungen Effizienzpotenziale erschlossen und Kosten nachhaltig reduziert werden können.***
5. ***dem Landtag regelmäßig quartalsweise Bericht zu erstatten über die Umsetzung, Wirkung und Budgetentwicklung der Gemeinden.“***

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Fabienne Lackner

LAbg. Mag. Katharina Fuchs